

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Mechthilde Wittmann

Abg. Hans-Ulrich Pfaffmann

Abg. Rosi Steinberger

Abg. Dr. Harald Schwartz

Abg. Eric Beißwenger

Staatsministerin Dr. Beate Merk

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nun treten wir in die Tagesordnung ein, und ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der Fraktion FREIE
WÄHLER**

"Bayern schützen - CETA und TTIP stoppen!"

In der Aktuellen Stunde dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Hat eine Fraktion das Benennungsrecht für mehrere Redner bzw. Rednerinnen, kann auf Wunsch der jeweiligen Fraktion eine ihrer Rednerinnen bzw. einer ihrer Redner bis zu zehn Minuten Redezeit erhalten. Dies wird auf die Anzahl der Redner der jeweiligen Fraktion angerechnet. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, erhält auf Antrag einer Fraktion eines ihrer Mitglieder Gelegenheit, fünf Minuten ohne Anrechnung auf die Zahl der Redner dieser Fraktion zu sprechen.

Nun bitte ich den ersten Redner zum Rednerpult. Es ist der Kollege Aiwanger.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Bürgerinnen und Bürger, es freut mich, dass so viel Interesse an der politischen Debatte heute im Bayerischen Landtag besteht. Wir FREIEN WÄHLER wollen Bayern vor den Gefahren schützen, die von CETA und TTIP ausgehen. Wir sind überzeugt, dass die Gefahren, die in diesen Freihandelsabkommen stecken, unterschätzt werden. Wir werfen der Bayerischen Staatsregierung auch vor, mit diesem Thema in den letzten Jahren fahrlässig umgegangen zu sein, ja, bis heute die Dramatik nicht zu erkennen, die in den Vertragstexten steckt, und auch nicht zu erkennen, welche Gefahr darin besteht, eine Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger gegen die Demokratie aufzubringen, weil sie sich abgehängt fühlen und weil sie sagen: Die da oben tun sowieso, was sie wollen, unsere Stimme wird ja nicht gehört.

Meine Damen und Herren, wenn derzeit rund 70 % der Deutschen gegen diese Handelsabkommen sind und nur noch rund 19 % dafür und sich der Rest noch nicht ent-

schieden hat, dann ist ein Punkt erreicht, bei dem wir nicht mehr sagen können: Wir machen Business as usual und machen weiter – es wird schon irgendwie gut gehen –, bringen noch ein paar Veränderungsvorschläge ein, und dann wird das schon funktionieren, wie das die Bayerische Staatsregierung auch bisher vertreten hat.

Nein, jetzt ist in meinen Augen der Point of no Return überschritten. Wir können die Handelsabkommen nicht mehr so weiterverhandeln. Wir müssen die Stopptaste drücken, müssen uns neu sortieren, müssen die Dinge in Ruhe ansehen und dann entscheiden, wohin wir müssen. Ein "Weiter so" bei TTIP und CETA darf es nicht mehr geben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir FREIEN WÄHLER haben sehr früh in die Debatte eingegriffen und waren die Ersten, die dieses Thema bei der Regierungserklärung Seehofers Ende 2013 auf die Tagesordnung gebracht haben. In der Zwischenzeit haben wir rund 14 Anträge gestellt, beginnend mit den Themen, wie denn die Verhandlungsführung ist, dass hier mehr Transparenz nötig ist, dann zu den Forderungen, dass in den Bildungssektor nicht eingegriffen werden dürfe, dass in die kommunale Selbstverwaltung nicht eingegriffen werden dürfe, dass Lebensmittelsicherheit zu gewährleisten ist, dass wir die Schiedsgerichte nicht wollen und dergleichen mehr. Diese Anträge wurden von der CSU samt und sonders abgelehnt.

Sie waren in den letzten Jahren zu keinem Zeitpunkt für eine Debatte offen. Sie haben immer gesagt: Das ist schon gut so, das bringt Arbeitsplätze; was ihr FREIEN WÄHLER sagt, ist nur Panikmache; alles ist in Butter, und alles ist in besten Händen. Meine Damen und Herren, Sie haben dieses Thema falsch eingeschätzt. Sie sind bis heute nicht bereit, dieses Thema mit der ihm gebührenden Aufmerksamkeit politisch anzugehen. Es ist vielleicht jetzt ein letzter Rettungsversuch Ihres Ministerpräsidenten, wenn er plötzlich von einem Veto spricht; er wolle ein Veto einlegen, wenn die Transparenz nicht funktioniert. Plötzlich merkt man: Hoppla, man ist zu lang im falschen Zug geses-

sen, hoppla, die Wähler und Bürger sind ja ganz woanders, wir müssen jetzt umsteuern. Meine Damen und Herren, steuern Sie um! Steuern Sie so schnell wie möglich um, und sagen Sie ganz klar: CETA und TTIP sind so nicht unterschriftsfähig!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben unsere Argumente nicht auf eine ideologische Basis gestellt, sondern wir haben uns immer ganz nüchtern mit der Thematik auseinandergesetzt.

Auf europäischer Ebene wurde seitens der FREIEN WÄHLER eine Position der roten Linie vertreten; auch wenn die GRÜNEN das anders sehen und uns ständig vorwerfen, wir hätten einem TTIP zugestimmt, obwohl darüber noch gar nicht abgestimmt worden ist. Schauen wir doch mal, was euer Kretschmann macht, wenn es dann wirklich um die Abstimmungen geht. Wir haben uns bei der politischen Debatte immer positioniert und gesagt, was wir wollen und was wir nicht wollen. Dabei haben wir eine ganze Reihe von roten Linien definiert, die ich vorhin zum Teil schon aufgezählt habe und die ich jetzt vervollständigen möchte.

Was die Menschen ganz besonders berührt, ist das Thema Verbraucherschutz. Hier wird deutlich, dass die jüngsten Verhandlungsmethoden der Amerikaner fast als Erpressung angesehen werden müssen. Da heißt es nämlich: Wenn ihr nicht unsere Agrarstandards schlucken wollt – im wahrsten Sinne des Wortes –, die deutlich niedriger sind als die euren, dann werden wir euch bei der Autoindustrie schneiden und dergleichen mehr. Das ist kein Verhandlungsstil. Der Verbraucherschutz ist für uns auch nicht verhandelbar.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Gesundheit, gesunde Lebensmittel, Verbraucherschutz – das steht bei uns FREIEN WÄHLERN ganz oben, und deshalb fordern wir auch, hier keine Abstriche zuzulassen. Es reicht uns nicht, wenn es heißt, das würde ja alles irgendwo beschriftet und da stünde dann irgendein Zifferncode, den aber kein Mensch entziffern kann. Vielmehr

sagen wir: Solche Ware gehört nicht in unser Land, sie gehört nicht in unsere Regale; das können die Amerikaner gerne behalten, wir legen auf solche Lebensmittel keinen Wert.

Solche Punkte müssen in einem Handelsabkommen – wie auch immer das heißt – ganz klar ausgeschlossen werden. Die Gesundheit ist kein Gut, das hier zur Disposition steht. Sie darf nicht angetastet werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn wir schon von Gesundheit reden, dann möchte ich an dieser Stelle den Ärztekammerchef Montgomery zitieren, der sagt, er befürchte eine "McDonaldisierung" des Gesundheitssystems in Europa. Auch das können wir nicht wollen. Wir FREIEN WÄHLER stehen für eine flächendeckende, wohnortnahe Haus- und Facharztversorgung, für eine vernünftige, überwiegend kommunal getragene Krankenhauslandschaft und nicht für eine renditeorientierte Gesundheitsindustrie. Das wollen wir nicht.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Führende Vertreter dieser Gesellschaft wollen das ebenfalls nicht. Auch die kleinen und mittelständischen Unternehmen sagen mittlerweile mehrheitlich: Wir wollen das nicht. Das Komitee der Katholiken lehnt TTIP und CETA ab, so auch die Hopfsterei und die Molkerei Berchtesgaden. Sehr viele gesellschaftliche Gruppen tragen TTIP und CETA nicht mehr mit, wozu auch die Gewerkschaften zählen. Sie alle wollen diesen Weg nicht mehr mitgehen.

Trotzdem sagen Sie, wir machen weiter, als wäre nichts gewesen. Deshalb fordern wir FREIEN WÄHLER eine Volksbefragung zu der gewichtigen politischen Fragestellung, ob denn Bayern im Bundesrat einem CETA, einem TTIP und irgendwann vielleicht einem TiSA zustimmen darf, ja oder nein. Angesichts der derzeitigen Gefechtslage und der jetzigen Mehrheitsmeinung in der Bevölkerung können wir bei Vernunft und bei Einsatz von gesundem Menschenverstand nur davon abraten, hier weiterhin die

grüne Flagge zu hissen. Vielmehr müssen Sie jetzt den Daumen nach unten richten und sagen: Bayern würde im Bundesrat unter den jetzigen Bedingungen nicht zustimmen.

Meine Aufforderung: Lassen Sie die Volksbefragung zu, die wir FREIEN WÄHLER fordern. Ihr Ministerpräsident will wieder und wieder Bürgerabstimmungen zur dritten Startbahn, um irgendwann vielleicht das Ergebnis zu bekommen, das ihm passt oder das dazu dienen soll, die eigene Fraktion zu disziplinieren. Befragen Sie stattdessen die Bevölkerung doch lieber zu diesem Thema!

Das ist ein Thema von landesweiter Bedeutung, weil Bayern im Bundesrat zustimmen muss. Fragen Sie also das bayerische Volk, was die Bayerische Staatsregierung im Bundesrat tun soll. Sie drücken sich um die Antwort herum, aber das bayerische Volk will diese Handelsabkommen jedenfalls so nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir FREIEN WÄHLER fordern auch ein Volksbegehren. Das Verfahren ist auf den Weg gebracht: Voraussichtlich am 10. Juli 2016 wird die Sammlung der Unterschriften beginnen. Das machen wir gemeinsam mit vielen anderen Organisationen, beispielsweise mit "Mehr Demokratie". Diese Menschen machen sich Sorgen um unsere Demokratie. Sie sagen: "So nicht", und sie fordern genau wie wir FREIEN WÄHLER ein Volksbegehren, und zwar zusätzlich zur Volksbefragung.

Dieses Volksbegehren will erreichen, dass der Bayerischen Staatsregierung durch Gesetz untersagt wird, unter den jetzigen Bedingungen im Bundesrat einem CETA und einem TTIP zuzustimmen, und zwar deshalb, weil hierdurch Souveränitätsrechte verloren gingen. So würden die Souveränitätsrechte Bayerns und der Kommunen aus den Händen gegeben.

Deshalb ist die klare Position der FREIEN WÄHLER: Wir kämpfen an der Seite der Bürger, des Mittelstands und der Verbraucher im Interesse der Sozialstandards und

unserer bayerischen Heimat dafür, dass unsere Heimat nicht ausverkauft wird von einer Staatsregierung, die sich mit diesen Themen anscheinend überhaupt noch nicht auseinandergesetzt hat. Wir kämpfen gegen diese Handelsabkommen und damit für unsere bayerische Heimat und unsere Bürger.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte kommen Sie zum Ende, Herr Kollege.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wir würden uns wünschen, Sie dabei mitnehmen zu können. Ich hoffe auf Ihre Unterstützung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Wittmann.

Mechthilde Wittmann (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Aiwanger, nachdem ich gerade von Ihnen gehört habe, an wessen Seite Sie so alles kämpfen, frage ich mich, warum Ihre Umfragewerte derzeit bei circa 6 % liegen – wenn überhaupt noch.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihre gehen ja gerade runter!)

– Na ja, derzeit gehen sie eher wieder rauf.

Meine Damen und Herren, wir debattieren seit etwa Herbst 2013 auch in diesem Hause immer wieder über den Fortgang diverser Freihandelsabkommen. Zur politischen Sachlichkeit gehört auch die Tatsache, dass es ja nicht nur um TTIP und CETA geht, sondern auch um Freihandelsabkommen mit Vietnam, mit Singapur, mit Thailand etc. Es geht auch um Assoziierungsabkommen, beispielsweise mit der Ukraine und Ländern Lateinamerikas.

Langer Rede kurzer Sinn: Es geht darum, den Außenhandel, den wir für unser Land brauchen, in Form von Abkommen mit diesen Ländern zu verankern. Hierbei sind wir engagiert unterwegs.

(Beifall bei der CSU)

Die EU ist eine Union, die für den Frieden geschaffen wurde; sie ist zugleich eine Wirtschaftsunion. Mit dem Vertrag von Lissabon haben wir unsere Kompetenzen für den Handel abgegeben. Was wir jedoch nicht an die Kommission abgegeben haben, ist die Tatsache, dass wir die Interessen unseres Staates und insbesondere die seiner Bürger berücksichtigen werden.

Wir haben auch nicht unser Recht darauf abgegeben, über den Verhandlungsstand informiert zu werden, ebenso wenig wie unser Recht, über die Verhandlungsschritte in Kenntnis gesetzt zu werden.

(Zuruf des Abgeordneten Thorsten Glauber (FREIE WÄHLER))

Außerdem haben wir nicht aufgegeben, immer weiter dafür zu kämpfen, dass wir in diese Runden eingebunden werden.

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

In den letzten Monaten war sehr viel Druck erforderlich, um die EU-Kommission dazu zu bringen, eine gewisse Transparenz zu schaffen.

(Lachen bei und Zurufe von den FREIEN WÄHLERN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Oje, oje! – Weitere Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

Hier gilt unser Dank auch der sehr kritischen und aufgeschlossenen Bürgerschaft, die ebenfalls Druck gemacht hat für genau diese Transparenz, die wir bis jetzt erreicht haben. Die 13. Verhandlungsrunde ist in New York gerade zu Ende gegangen. Sie können inzwischen nach jeder Verhandlungsrunde Einblick in die Seiten der EU wie auch

des Bundeswirtschaftsministeriums nehmen und sehen, wie die Verhandlungen stehen.

(Zuruf des Abgeordneten Huber Aiwanger (FREIE WÄHLER))

– Herr Aiwanger, ich bin von Ihren Englischkenntnissen jetzt schon zum zweiten Mal beeindruckt. "Respekt", kann ich nur sagen.

Die geöffneten Vertragsdokumente haben nicht zuletzt gezeigt, wie weit wir noch auseinanderliegen und wie differenziert die Verhandlungspositionen sind. Sie haben aber auch gezeigt, dass es zwingend geboten ist, einen Schritt weiterzukommen. Wir haben uns bereits bisher dafür eingesetzt, hier mehr Einblick nehmen zu können. Ich habe persönlich auch sehr dafür geworben, dass Abgeordnete aller Fraktionen des Bayerischen Landtags in Einzelfällen in diese Dokumente Einsicht nehmen können.

(Zurufe von der SPD – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Allerdings werde ich nicht dafür werben, dass wir diese Leseräume ad absurdum führen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Frau Wittmann, entschuldigen Sie, einen Moment bitte. – Ich bitte um etwas mehr Ruhe. Da oben sind lauter Schülerinnen und Schüler, in deren Schule es auch nicht so zugeht. Ich bitte um etwas Rücksicht.

(Beifall bei der CSU)

Mechthilde Wittmann (CSU): Sie müssen nicht gleich zu den FREIEN WÄHLERN gehen, wenn sie schwätzen wollen.

Wir müssen die Sorgen und Ängste der Bevölkerung, die der Komplexität dieses Themas geschuldet sind, wirklich aufgreifen. Das ist unsere ureigene Aufgabe als Abgeordnete. Das geht nicht im Hauruck-Verfahren. Es gibt derzeit immer noch eine schlechte Aufklärung, mangelndes Vertrauen in die Verhandlungen der EU-Kommis-

sion und mangelndes Vertrauen in die Berücksichtigung unserer Interessen durch die USA.

Ich sage Ihnen an dieser Stelle aber auch: Die USA tun das, was sie tun müssen. Sie versuchen mit aller Kraft, in diesen Verhandlungen das Wohl ihres Landes durchzudrücken und harte Positionen einzunehmen. Es ist unsere Aufgabe und Aufgabe der Kommission, sich mit einer ebenso harten Haltung dageganzustellen und unsere Interessen zu formulieren.

(Beifall bei der CSU – Beifall der Staatsministerin Dr. Beate Merk)

Je mehr von uns gemeinsam getan wird, desto besser ist es, unsere Interessen zu formulieren und mit aller Kraft zu vertreten. Die europäischen Interessen müssen hier unverrückbar sein. Aber beispielsweise bei Medizinprodukten, bei Kinderspielzeug oder gar bei der Finanzmarktregulierung haben die USA deutlich strengere Regelungen als die Europäische Union. Hier werden wir nachgeben und uns deren Standards anpassen müssen. Auch dies ist eine Möglichkeit, hier etwas fortzuentwickeln.

(Beifall bei der CSU)

Lassen Sie mich an dieser Stelle auch ein Wort zu den immer wiederkehrenden plakativen Zeitangaben sagen, die nach Aussagen einiger Politiker bereits im letzten Jahr zu einem Abschluss des Abkommens geführt hätten oder nach Aussagen von Obama noch in diesem Jahr zu einem Abschluss führen werden. Selbstverständlich machen es sowohl in Europa als auch in den USA diverse Wahltermine ganz schwierig, ein so komplexes und sehr sensibles Abkommen in professioneller Atmosphäre zu verabschieden.

Ich bin der Meinung, dass wir uns bei solch einem Abkommen durch nichts treiben lassen dürfen. Wir müssen die Möglichkeit haben, die Texte sachgerecht und intensiv zu prüfen. Wir müssen die Texte nachprüfen können, wie das bei CETA hervorragend gelungen ist. Da darf ich ausnahmsweise auch einmal die Brücke zur SPD schlagen;

denn hier hat der Bundeswirtschaftsminister hervorragend nachverhandelt. Das muss ich ihm an der Stelle zubilligen. Wir nehmen für uns natürlich in Anspruch, dass wir ihn – nicht zuletzt auch im Bayerischen Landtag – Schulter an Schulter intensiv begleitet haben.

Wir haben derzeit sehr viele offene Punkte. Gerade die geöffneten Dokumente zeigen uns, wie weit wir oft noch auseinanderliegen. Gerade das bestätigt, dass wir uns nicht zu Kompromissen treiben lassen dürfen. Dies werden wir nicht tun.

Meine Damen und Herren von den FREIEN WÄHLERN, Sie haben zum wiederholten Male gefordert, die Verhandlungen einfach zu stoppen. In meinen Augen ist es schlicht unseriös, solche Forderungen ohne Kenntnis der Fakten in den Raum zu stellen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

– Herr Aiwanger, lassen Sie mich mal ausreden, das gehört zur Demokratie und zum Anstand.

(Beifall bei der CSU)

Wir können nur eines tun: Diese komplexen Themen müssen von uns mit Fleiß und Engagement angegangen werden. Sie sind nicht dazu geeignet, die Bürger zu verunsichern, damit den kritischen Verstand unserer Bürger definitiv zu unterschätzen und sie für dumm verkaufen zu wollen.

(Beifall bei der CSU)

Es ist unsere Aufgabe, die Sorgen und Ängste der bayerischen Bevölkerung ernst zu nehmen und zu artikulieren. Es ist aber auch unsere Aufgabe, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die die Prosperität unseres Landes nach vorne treiben können. Hier, meine Damen und Herren von den FREIEN WÄHLERN, versagen Sie kläglich.

(Beifall bei der CSU)

Mit CETA konnten wir erstmals ein Abkommen mit einem G-8-Staat treffen. Das ist uns hervorragend gelungen. Ich habe es vorhin bereits gesagt.

Wir konnten tatsächlich insbesondere bei den ersten uns vorliegenden Texten viel zu unseren Gunsten nachbessern. Lassen Sie mich dazu vor allem eines herausstellen, was später auch noch mein Kollege Beißwenger artikulieren wird: Hier hatten wir unter anderem beim Rindfleisch und bei den Standards in Bezug auf den Verbraucherschutz Erfolg. Da haben wir gezeigt, dass es, wie Sie gesagt haben, sehr wohl möglich ist, dass die ihre Sachen herstellen, wie sie wollen. Aber sie müssen sie auch behalten. Wir wollen in unseren Regalen gesunde Sachen liegen haben. Wir wollen gesunde Produkte, etwa Tierprodukte, haben. Vor diesem Hintergrund werden wir unsere Anforderungen nicht aufweichen lassen.

Bei CETA ist es uns auch gelungen, den Investitionsschutz in einer Weise zu reformieren, wie wir sie bisher bei der WTO und der UNO nicht hatten. Wir konnten Berufsrichter festlegen und die Offenlegung der wichtigsten Dokumente in diesen Investitionsschiedsgerichtsverfahren erreichen. Die Verhandlungen werden öffentlich bleiben. Es gibt Erleichterungen für eine Appellationsinstanz. Ganz besonders wichtig für unsere Wirtschaftsstruktur in Bayern ist, dass kleine und mittlere Unternehmen bevorzugt werden und mit einer Deckelung der Kosten in diesen neu reformierten Schiedsverfahren rechnen können, die wir seit vielen Jahren haben, nun aber in modernerer Ausgestaltung in CETA. CETA ist damit ein Erfolg für Bayern. Deswegen ist CETA, so wie es sich heute liest – noch haben wir auch hier nicht alle Dokumente vorliegen –, in dem Sinne gestaltet worden, wie wir es uns erhofft haben.

Wir werden weiterhin dafür kämpfen und darauf bestehen, dass der Liberalisierungszwang nicht ausgeübt werden kann, wenn wir mit den USA weiter verhandeln. Wir werden weiter versuchen müssen, den durchaus rüden Methoden, die möglicherweise angewandt werden, um den Stand zu halten, entgegenzutreten. Wir werden unser öf-

fentliches Versorgungswesen schützen, ohne hier ein Jota nachzugeben. Wir werden vor allem auf der Beibehaltung des Vorsorgeprinzips bestehen; denn das widerspricht nicht dem Erfordernis einer wissenschaftlichen Basis. Das Vorsorgeprinzip fußt darauf, dass wissenschaftliche Erkenntnisse vorliegen, um diese Vorsorge zu beurteilen. Genau dieses werden wir beibehalten. Darauf werden wir bestehen.

Schließlich werden wir unsere regionalen Produkte schützen. Die Kulturförderung soll beibehalten werden. Sehr am Herzen liegt mir – ich nehme an, auch Ihnen allen – die ausschließliche und unbeeinflussbare Regulierungshoheit. Diese muss in unseren Händen bleiben. Das ist eines der tragenden Prinzipien. Hier wird die EU-Kommission mit aller Härte gegen die US-Verhandler vorgehen müssen, ohne sich von deren Methoden beeindrucken zu lassen. Die in Kürze vorliegenden Abkommen werden von der Staatsregierung umfassend analysiert und bewertet.

Ich möchte für meine Fraktion nochmals eines betonen: Wir wollen und brauchen die nachhaltige Entwicklung des Außenhandels für das Gedeihen unseres Landes. Wir brauchen sie dafür, dass die hohe Qualität der bayerischen Köpfe und Hände auch weiterhin – –

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Kommen Sie bitte zum Ende, Frau Kollegin.

Mechthilde Wittmann (CSU): Ja, aber ich nehme mir die paar Sekunden Zeit, die mir der Herr Aiwanger weggeschrien hat.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Das können Sie nicht machen. Die Uhr stellen immer noch wir.

Mechthilde Wittmann (CSU): Wir werden diese Entwicklung für die bayerische Wirtschaftskraft weiterhin vertreten. Lassen Sie uns gemeinsam zu einem Ja für ein gutes Abkommen kommen, aber auch gemeinsam ein deutliches Nein aussprechen, wenn

das Abkommen und die ausgehandelten Verträge den Interessen und dem Wohle Bayerns entgegenstehen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nächster Redner ist Herr Kollege Pfaffmann, bitte.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte mir gewünscht, wir hätten diese Diskussion vor einigen Jahren geführt und die EU-Kommission und alle Unterhändler dieser Abkommen hätten offen und transparent verhandelt, damit jeder weiß, worum es geht; denn es geht hier um viel. Das ist wahr.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Aiwanger, es ist diesem Thema nicht angemessen, einfach dem Mainstream zu folgen und sozusagen immer dahin zu schauen, wo die meisten Stimmen sind. Das muss ich einmal deutlich sagen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wir waren seit drei Jahren dagegen! – Harald Güller (SPD): Ihr wart immer dagegen!)

– Lieber Herr Aiwanger, ich will Ihnen sagen: Sie fordern die Leute auf, dagegen zu stimmen. Sie wissen ja noch nicht einmal, gegen was.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CSU)

Es gibt noch kein TTIP-Abkommen. Es gibt Protokolle, aber noch kein Abkommen, noch nicht einmal einen Entwurf, den man den Menschen vorlegen könnte.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Auch der Herr Rinderspacher will den Stopp! – Markus Rinderspacher (SPD): Lassen Sie ihn doch mal ausreden!)

So viel zu Anfang. Ja, man hätte die Verhandlungen über die Handelsabkommen vernünftiger führen müssen. Es ist wahr: Freier Handel ist grundsätzlich positiv. Das kann

man anhand von gescheiterten Abkommen auch nicht in Grund und Boden reden, lieber Herr Aiwanger. Freier Handel ist grundsätzlich etwas Positives und der Kern der freien Marktwirtschaft. Daran kann hier doch überhaupt niemand zweifeln.

(Beifall bei der SPD)

Wenn der freie Handel grundsätzlich durch Abkommen verbessert werden kann, warum sollte man dann nicht auch Abkommen schließen? Da sehe ich überhaupt keinen Grund, das nicht zu tun. Die Frage ist, wie der freie Handel verbessert werden kann, zum Beispiel durch Abbau von Handelshemmnissen, Zöllen und sonstigen Hürden. Das ist eine positive Entwicklung für die gesamte Wirtschaft, daran gibt es keinen Zweifel.

Man kann Abkommen aber nicht um jeden Preis schließen – da haben Sie wiederum recht. Wir sind eine Exportnation und auf weltweiten Export angewiesen, meine Damen und Herren. Es gibt Länder, die sich wegen der hier stattfindenden Diskussion die Hände reiben, nämlich China und Russland. Die freuen sich darüber; denn wenn dieses Abkommen nicht zustande kommt, bedeutet es einen Schaden für den Wirtschaftsraum. Das kann es doch nicht sein. Deswegen wünsche ich mir eine seriöse Debatte und keine "Hau-drauf-Politik". Ich möchte Ihnen das begründen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CSU und des Staatssekretärs Franz Josef Pschierer)

Die Frage ist doch nicht, ob wir Abkommen wollen oder nicht, sondern die entscheidende Frage ist, wie wir die Regeln für die Abkommen gestalten. Natürlich wird das schwierig; denn es ist nicht allein ein wirtschaftliches Projekt, sondern auch ein politisches. Ich behaupte, dass die Regeln dieser sehr umfangreichen Handelsabkommen, die derzeit in der Diskussion stehen, Teil eines politischen Projektes sind, wie die Weltwirtschaft in Zukunft anständig gestaltet werden kann. Auch das steckt hinter der Diskussion. Das macht es so schwierig, und deswegen kann man das nicht einfach vom

Tisch fegen und sagen: Da gibt es Proteste, also sagen wir lieber Nein. – Ich sage Ihnen ganz offen: Wir stehen einem Bürgerbegehren sehr positiv gegenüber, weil es hier um eine grundsatzdemokratische Frage geht. Deswegen unterstützen wir das. Aber Sie, Herr Aiwanger, werden mit dieser Strategie der Diskussion nicht gerecht. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der SPD und des Staatssekretärs Franz Josef Pschierer)

Bei aller Kritik, wie mit diesem Handelsabkommen umgegangen worden ist – zu Beginn mangelnde Transparenz; man hatte den Eindruck, hier wird Geheimdiplomatie betrieben –: Das ist dem Versagen der EU-Kommission geschuldet; da sind wir uns einig. Wäre das nicht so gewesen, würden wir heute über diese Abkommen anders diskutieren, als wir es tun.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Auch der Bundesregierung!)

Lieber Herr Aiwanger, dann würden Sie – davon bin ich überzeugt – auch eine ganz andere Haltung einnehmen.

Ich muss auch sagen: Die Handelsabkommen TTIP und CETA, von denen wir noch nicht wissen, was letztendlich als Verhandlungsergebnis auf dem Tisch liegen wird, wurden auf Drängen der EU massiv nachgebessert. Gerade bei CETA ist das der Fall. Was Sie heute hier erzählen, lieber Herr Aiwanger, ist in vielen Teilen Schnee von gestern, um das noch einmal deutlich zu sagen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Glauben Sie! – Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CSU)

Sie haben die Strategie ausgerufen: Wir werfen CETA und TTIP in einen Topf, rühren einmal kräftig um, und dann sind wir grundsätzlich dagegen.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Typisch FREIE WÄHLER!)

Das wird diesem Thema nicht gerecht. Ich würde Sie wirklich bitten, grundsätzlich noch einmal über die wirklich wichtigen Fragen, die mit diesen Abkommen verbunden sind, zu reflektieren.

Ich wiederhole: Das Problem sind nicht die Abkommen an sich, nicht der Abbau von Handelshemmnissen, Zöllen usw., sondern die Frage ist, wie diese Abkommen gestaltet werden. Das ist die politische Frage, die wir zu beantworten haben. Dazu darf ich sagen – weil das in den Medien alles immer grundsätzlich schlechtgeredet wird –: Der Bundeswirtschaftsminister hat ganz entscheidend zur Verbesserung der Grundlagen beigetragen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CSU)

Nun möchte ich etwas zu den Regeln sagen. Es ist bereits angesprochen worden: Was nicht verhandelbar ist, ist der Schutz der EU-Bürger und der Bürger der Nationalstaaten innerhalb der Europäischen Union. Da sind wir uns hoffentlich alle einig. Dazu brauchen wir auch nicht die FREIEN WÄHLER; das ist Grundkonsens in der Gesellschaft. Das betrifft die Verbraucherschutzstandards, die Frage der Kulturhoheit, den Schutz geistigen Eigentums etc. Darüber haben wir bereits gesprochen, und es gab diesbezüglich viele Anträge in diesem Haus, die – das muss ich schon sagen, liebe Frau Wittmann – allerdings von der CSU immer abgelehnt wurden.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Zu Recht!)

Auch das gehört zur Wahrheit. Sie können nur schwerlich glaubwürdig bleiben, wenn Sie die Verbraucherschutzstandards in diesem Land aufrechterhalten wollen, aber die entsprechenden Anträge im Europaausschuss allesamt ablehnen. Das ist nicht glaubwürdig – das muss ich Ihnen vorhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Datenschutzfragen, Verbraucherschutzfragen, Fragen der Gentechnologie und zum Verbot derselben sind nicht verhandelbar. Das ist völlig klar – Handelsabkommen hin

oder her. Das ist eine Grundregel. Der Verbraucherschutz muss in alle künftigen Handelsabkommen, nicht nur in TTIP und CETA, als fester Bestandteil integriert werden, lieber Herr Aiwanger. Das ist eine Grundregel der Gestaltung der Weltwirtschaft. Ob es nun Europa, Amerika oder andere Handelszonen betrifft, spielt keine Rolle.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Zweitens. Es muss den Ländern vorbehalten sein, Gesetze zu erlassen, wie sie es für richtig halten. Es ist nicht verhandelbar, dass Konzerne, egal welcher Art und egal, wo sie sich befinden, auf die Gesetzgebungskompetenz der Länder Einfluss nehmen. Das ist eine zweite Grundregel der demokratischen Gepflogenheiten und Kultur. Es ist nicht verhandelbar – fertig, aus! Wenn auch nur der Anschein entsteht, dass Konzerne Einfluss auf Parlamentsentscheidungen, Gesetze und Verordnungen nehmen, brauchen wir keine Abkommen. Das ist keine Frage.

Es wurde noch nicht angesprochen: Wir müssen dafür sorgen, dass Konzernklagen gegen EU-Standards reduziert und am besten ausgeschlossen werden. Konzernklagen gegen Verbraucherschutzstandards mit der Folge von Schadenersatzforderungen oder sonstigen Entscheidungen müssen konsequent ausgeschlossen werden. Das ist die dritte Regel für alle Handelsabkommen, nicht nur für die zwei, die wir hier gerade besprechen.

Diese drei Regeln – es gibt noch einige andere, auf die ich jetzt nicht eingehen möchte – sind bei CETA eingehalten, liebe Kolleginnen und Kollegen. Bei TTIP wissen wir es noch nicht, weil wir noch keine Ergebnisse haben. Wir haben nichts, was wir dem Volk zur Entscheidung vorlegen könnten, Herr Aiwanger. Deswegen ist diese Argumentation abwegig. Da warten wir erst einmal ab.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, achten Sie bitte auf die Zeit.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Jawohl, ich bin sofort fertig. Ich würde mir auch wünschen, dass wir abwarten, bevor wir dem Volk Entscheidungen übertragen. Bei CETA haben wir keine Rechtsförmigkeitsprüfung; wir haben keine deutsche Übersetzung. Was wollen Sie denn vorlegen, Herr Aiwanger? Ich würde abwarten, bis wir Fakten vorliegen haben. Das ist seriöse Politik und nichts anderes.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. –Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Steinberger.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Landtag haben wir schon oft über TTIP diskutiert. Bisher wusste jedoch niemand so recht, was eigentlich im Vertragswerk steht. Sie von der CSU haben gerne gesagt und sagen auch heute noch, dass wir doch abwarten sollen, bis der Vertrag ausgehandelt ist. Das war uns immer schon zu wenig, und es war uns zu spät. Die Geheimhaltung hat uns und den Großteil der Menschen in diesem Land schon immer massiv gestört. Ein Abkommen, das so tief in unsere Lebenswirklichkeit eingreift, darf nicht geheim verhandelt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nun wissen wir es: Die roten Linien, die von der CSU und der SPD so oft beschworen worden sind, sind überschritten, und zwar alle. Was wir GRÜNE schon seit Jahren sagen, ist Gewissheit. Uns wurde vorgeworfen, wir seien Angsthasen und Verschwörungstheoretiker. Nein, wir haben schlicht recht gehabt. Der fertige Text von CETA und nun auch die TTIP-Veröffentlichungen beweisen es. Nicht die CSU, sondern wir und die Bürgergesellschaft haben eine Veröffentlichung der Texte gefordert, Frau Kollegin Wittmann. Nun wissen wir auch, dass die Geheimniskrämerei ihren Grund hatte. TTIP-Leaks offenbart vor allem eines: Unsere Verbraucher- und Umweltstandards sollen geschleift werden – rote Linien überschritten. Die Zulassungsvoraussetzungen für Gentechnik sollen herabgesetzt werden. So steht es für jedermann nachlesbar in CETA –

rote Linien überschritten. Alle Beteuerungen, dass unsere Standards sicher seien, haben sich in Luft aufgelöst. Immer wieder wird in den Papieren der sogenannte wissenschaftsbasierte Ansatz erwähnt. Das ist aber das Gegenteil unseres vorsorgenden Verbraucherschutzes. Wir wollen auch weiterhin Produkte erst dann zulassen, wenn ihre Ungefährlichkeit erwiesen ist. Unser Vorsorgeprinzip wollen die USA aber nicht – rote Linien: überschritten.

Wir wollen keinen Wettbewerb der niedrigsten Standards. Wir wollen auch keine Schiedsgerichte, die es Konzernen erlauben, Staaten auf entgangenen Gewinn zu verklagen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das alles steht nach wie vor in den Verhandlungspapieren zu TTIP. Daran hat auch die sogenannte Reform der Schiedsgerichte nichts geändert. Die USA wollen diese Reform ohnehin nicht. Rote Linien – –

(Zuruf von den GRÜNEN: – überschritten!)

Besonders perfide ist die sogenannte regulatorische Kooperation. Lobbyisten bekommen dadurch Einfluss auf unsere Gesetzgebung. Die Parlamente müssten sogar aktiv auf die Lobbyisten zugehen und um Erlaubnis fragen, ob es überhaupt eine Verschärfung von Umweltstandards geben darf. Rote Linien – –

(Zuruf von den GRÜNEN: – überschritten!)

Die bayerische Landwirtschaft wird massiv unter Druck gesetzt, da in den USA deutlich billiger produziert wird als bei uns. Unser bereits völlig überlasteter Markt wird weiter mit landwirtschaftlichen Produkten gefüllt. Rote Linien – –

(Zuruf von den GRÜNEN: – überschritten!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in dieser Welt der Konzerne wollen wir nicht leben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen die Handlungsfähigkeit der Parlamente bewahren. Wir haben übrigens gar nichts gegen internationalen Handel. Lieber Herr Kollege Pfaffmann, er soll jedoch fair

sein. Wir haben auch nichts gegen die Harmonisierung von Prüfverfahren für die Industrie. Das ließe sich aber auch ohne ein Freihandelsabkommen bewerkstelligen. Die unterschiedlichen Blinkerfarben für Autos müssen wir nicht über ein Freihandelsabkommen regeln.

Für uns ist eines klar: Wir brauchen diese Freihandelsabkommen nicht. Wir brauchen kein TTIP, und wir brauchen auch kein CETA. Dort ist die Parallelgerichtsbarkeit für Konzerne wieder festgeschrieben. Die Geheimpapiere haben es ans Licht gebracht. Diese Abkommen greifen unsere Standards im Umwelt- und Verbraucherschutz massiv an. Sie greifen unsere Arbeitnehmerrechte und unsere Daseinsvorsorge an. Sie greifen außerdem unsere parlamentarische Demokratie an. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Form, wie die Papiere derzeit vorliegen – man kann wirklich schon einiges nachlesen –, müssen sie unter allen Umständen gestoppt werden. Die roten Linien sind massenhaft überschritten. Die Bevölkerung lehnt TTIP und CETA ab – aus gutem Grund. Wir unterstützen sie dabei gern. Das haben wir schon seit Jahren gemacht und werden es auch weiter tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Schwartz.

Dr. Harald Schwartz (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Chapeau, Herr Pfaffmann, was Sie gesagt haben, möchte ich gern unterstreichen. Wir sind ganz nah beieinander. Mich freut es, dass man die Abbildung der Großen Koalition ein wenig spürt.

(Lachen des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Die Aktuelle Stunde "Bayern schützen – CETA und TTIP stoppen!" der FREIEN WÄHLER kann man bestenfalls als Anlass für populistisches Geplärr nehmen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Wir wissen zwar nicht, worum es geht, sind nicht zuständig und haben nichts zu entscheiden, reden aber darüber.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Haben Sie etwas zu entscheiden? Wir sind neugierig, was Seehofer mit seinem Veto bewirken wird. Schauen wir mal!)

– Herr Aiwanger, haben Sie gerade Redezeit? – Das ist mir ganz neu. – Nachdem sich TTIP im Verhandlungsstadium befindet – auch das ist heute schon gesagt worden –, stellt sich tatsächlich die Frage, gegen was Sie sind. Die von Ihnen angeführten Positionen sind inhaltlich schon durch die Vorrednerin Frau Wittmann für alle klar erkennbar ausgeräumt worden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Darüber wurde nicht verhandelt!)

Es ist hinreichend klar geworden, dass wir es als absolut notwendig ansehen, unsere Argumente und Positionen deutlich zu machen und diese hart zu verteidigen, wenn es erforderlich ist. Das tun wir im Interesse der bayerischen Wirtschaft und ebenso im Interesse der gesamten Bevölkerung. Jedoch sollte TTIP, für das noch nicht einmal ein Entwurf existiert, nicht grundsätzlich abgelehnt werden. Das ist eine ganz andere Baustelle. Sie sprechen von einer Dramatik in den Texten. Für CETA gibt es schon einen Text. Herr Aiwanger, haben Sie das CETA-Abkommen schon einmal in der Hand gehabt? Haben Sie es gelesen?

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das brauche ich nicht in der Hand zu haben!)

Sie haben es nie gelesen? Hat es irgendjemand von den FREIEN WÄHLERN gelesen? Hat irgendjemand von Ihnen das Abkommen schon einmal in der Hand gehabt? Hände hoch! – Niemand von Ihnen hat es bisher überhaupt gelesen, aber Sie sind dagegen. Das ist interessant: Sie haben es nie gelesen, sind aber dagegen.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Es gibt das Internet, wenn Sie es wissen wollen!)

Sie wenden sich mal eben pauschal gegen Vereinbarungen mit Nationen und stellen diese unter Generalverdacht, obwohl die Zusammenarbeit für uns bereits seit 70 Jahren eher vorteilhaft war. Sie dämonisieren das Abkommen, führen Unterstellungen an und tragen Halbwissen zusammen, um Stimmung zu machen. Sie springen auf einen Stimmungszug auf, der im Internet bedient wird, um vielleicht doch noch ein paar Stimmen zu gewinnen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die Ausländermaut!)

Vor dem Hintergrund der Greenpeace-Veröffentlichungen der letzten Wochen könnte man ironisch sagen: Offensichtlich hat man ein großes Geheimnis gelüftet. Die Amerikaner verhandeln hart und bemühen sich, eigene Interessen durchzusetzen. Respekt – da ist wirklich etwas gelungen. Nachdem ich weiß – das habe ich gerade erfahren –, dass Sie das CETA-Abkommen nie gelesen haben, und Ihnen wahrscheinlich auch das Verhandlungsmandat der EU-Kommission, das seit Monaten öffentlich zugänglich ist, nicht bekannt ist, kann man nur sagen: An dieser Stelle bricht sich etwas Bahn, was man bei Ihrer Fraktion leider immer wieder beobachten muss – die "Facebookisierung" der Diskussion.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die CSU hat Kritik an TTIP über Facebook geäußert!)

Ihnen geht es doch nicht mehr um den tatsächlichen Sachverhalt. Vielmehr geht es darum, was möglichst viele für den Sachverhalt halten. Der eine schreibt, dass er von dem anderen etwas gehört hat, was dieser an dritter Stelle gesehen haben will.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Seehofer hat ein Veto angekündigt, auch über Facebook!)

Primärquellen scheinen Sie nur zu stören. Sich die Mühe zu machen, ein Thema bis zum Ende zu verfolgen, scheint nicht mehr en vogue zu sein. Ansonsten wüssten Sie, dass die bayerische Wirtschaft und gerade der Mittelstand einem Freihandelsabkommen grundsätzlich positiv gegenüberstehen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Siemenschef Kaeser hat gesagt, er will es nicht!)

Selbstverständlich ist es wichtig, darauf zu achten, was drinsteht, bevor die Verhandlungen abgeschlossen sind. Das Abkommen bereits abzulehnen, obwohl kein Entwurf vorliegt, zeugt von keiner guten Qualität. Sie dämonisieren das Abkommen, verfallen in Hysterie und bedienen mit düsteren Verschwörungstheorien irgendwelche Ressentiments. Das ist einer Debatte in diesem Hohen Haus unwürdig. Wenn man allerdings sieht, wohin die Restwählerschaft der FREIEN WÄHLER abwandert, zeigt dies, dass Damen und Herren außerhalb des Parlaments den Populismus besser bedienen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wissen Sie, wo Ihre Wähler hinwandern werden?)

Dabei gibt es berechtigte Kritik, die schon mehrfach angesprochen worden ist. Wir wünschen uns auch eine größere Transparenz bei den Verhandlungen. Die inhaltliche Positionierung haben wir nun leidlich oft vernommen. Ich möchte jedoch zu zwei oder drei Schauermärchen Stellung nehmen. Die Behauptung, TTIP bzw. CETA gefährde oder beeinträchtige die Daseinsvorsorge, ist schlicht unzutreffend. Auch Sie von den FREIEN WÄHLERN müssen dies irgendwann zur Kenntnis nehmen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Der ehemalige Städtetagspräsident Maly hat das gesagt! Aber er kennt sich wohl auch nicht aus!)

– Wenn er das sagt, dann kann es ja nicht falsch sein. – Die öffentliche Daseinsvorsorge wird durch TTIP nicht angetastet. Insbesondere das hohe Schutzniveau für bestimmte grundlegende Dienstleistungen auf lokaler Ebene in Bezug auf Wasser, Gesundheit und Bildung soll in Europa nicht zur Debatte stehen.

Darüber hinaus wird die Behauptung aufgestellt, TTIP diene den Interessen der Großkonzerne, nicht denen der kleinen und mittleren Unternehmen. Auch diese Behauptung ist schlicht falsch.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, beachten Sie bitte die Uhr.

Dr. Harald Schwartz (CSU): Ich komme zum Ende. – Auch Sie werden nicht bestreiten wollen, dass gerade die bayerische Wirtschaft in jedem Wettbewerb, der offen und fair ist, besteht. Wenn Sie glauben, dass bayerische Produkte nicht wettbewerbsfähig genug seien, um unter den Bedingungen des freien Handels zu bestehen, dann zeugt dies einmal mehr davon, dass Sie, liebe FREIE WÄHLER, zu wenig Vertrauen in die bayerische Wirtschaft haben und die bayerische Wirtschaft schlicht nicht kennen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte kommen Sie doch zum Ende!

Dr. Harald Schwartz (CSU): In diesem Sinne: Danke.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Oh je!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nächster Redner ist Herr Kollege Beißwenger.

Eric Beißwenger (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kollegen! Die TTIP-Verhandlungen werden für Europa von der EU-Kommission geführt. Zeitweise wurden zu wenige Dokumente veröffentlicht. Deshalb wird immer wieder der Vorwurf erhoben, das Verfahren sei intransparent. Ich kann die insoweit bestehenden Sorgen der Bevölkerung sehr gut nachvollziehen. Viele Ängste hätten vermieden werden können, wenn

von Anfang an mehr Offenheit geherrscht hätte. Wir begrüßen deshalb ausdrücklich, dass die Verhandlungen jetzt transparenter erfolgen. Mehr Transparenz sorgt schließlich für mehr Vertrauen und mehr Akzeptanz.

(Beifall bei der CSU)

Bei dem Projekt geht es aber nicht nur um den Handel zwischen Europa und den USA. Es ist auch ein politisches Projekt: Wer bestimmt in Zukunft die Spielregeln? Wie fair und nachhaltig werden sie sein? – Mit TTIP erhalten wir die Chance, diese Regeln mitzugestalten.

Dass die Landwirtschaft auf beiden Seiten des Atlantiks eine strategisch wichtige Rolle spielt, weiß jeder. So lieferten die Vereinigten Staaten im vergangenen Jahr Agrargüter im Wert von etwa 12 Milliarden Euro in die EU; in die andere Richtung waren es allerdings Waren im Wert von mehr als 19 Milliarden Euro. Pharma- und Lebensmittelhersteller haben in Washington immensen Einfluss. Es ist klar, dass sie gern mehr zu uns exportieren würden.

Pestizide in Obst und Gemüse, hormonbehandeltes Fleisch, gentechnisch veränderte Lebensmittel – das sind die Schlagworte, die den Blätterwald im Moment beherrschen. Das alles schürt die Angst, dass Europas Märkte, unsere Märkte durch das Freihandelsabkommen mit Nahrungsmitteln aus den USA überflutet werden könnten, die bisher hier nicht verkauft werden dürfen. Wir müssen deshalb unsere europäischen Erregenschaften im Umwelt- und im Verbraucherschutz verteidigen und dürfen von ihnen nicht abrücken – dies alles nicht nur zum Schutz unserer Bauern.

Bei keinem der Themen, über die im Zusammenhang mit TTIP verhandelt wird, steht das bestehende Verbraucherschutzniveau zur Disposition. Die EU darf keines ihrer grundlegenden Gesetze zum Schutz von Mensch, Tier und Umwelt aufheben. Wenn Fleisch von Tieren, deren Wachstum mit Hormonen gefördert worden ist, nach Europa importiert werden soll, so ist dies weitgehend untersagt. Nach Einschätzung der Behörden ist unklar, welche Folgen der Verzehr solcher Produkte für die Gesundheit

hätte. Hinzu kommen mögliche negative Auswirkungen auf die Umwelt. In den USA allerdings sind Hormonfleisch und Genfood Massenprodukte.

Ein zentraler Streitpunkt in den Verhandlungen ist die Risikobewertung der Produkte. Da prallen zwei Kulturen aufeinander. Die Herangehensweisen sind völlig unterschiedlich. Insoweit ist die Philosophie bei uns eine komplett andere als die in den USA. Wir in Europa orientieren uns am Vorsorgeprinzip. Es besagt, dass ein Produkt nicht auf den Markt gebracht werden darf, wenn die wissenschaftliche Risikobewertung ergeben hat, dass das Produkt negative Folgen für die Gesundheit von Menschen, Tieren oder Pflanzen haben könnte. Dadurch wird bei uns eine rasche Reaktion auf Gesundheitsgefahren oder auch aus Gründen des Umweltschutzes ermöglicht. Genau das ist ein wesentlicher Teil der europäischen Verbraucherpolitik und Grundlage für das hohe Verbraucherschutzniveau bei uns.

Die USA richten ihren Verbraucherschutz überwiegend am Wissenschaftsprinzip aus. Es funktioniert genau umgekehrt: Zunächst einmal ist alles zugelassen, es sei denn, die Schädlichkeit des Produkts steht eindeutig fest. Tatsächlich gilt ein Verbot, das nicht rein wissenschaftsbasiert ist, nach amerikanischer Auffassung als unnötige technische Handelsbarriere.

Bei der Geflügelproduktion zum Beispiel gilt folgender Grundsatz: Europa legt höchsten Wert auf eine durchgängig zertifizierte und hygienische Produktionskette. An deren Ende gibt es allerdings immer noch einzelne Tiere, die Salmonellen haben könnten. In den USA wird deshalb das Fleisch nach dem Schlachten einfach desinfiziert. Geflügelimporte nach Europa wird es aber weiterhin nur von solchen US-Betrieben geben, die die Einhaltung unserer hohen europäischen Hygienestandards nachweisen können. Dabei werden weiterhin nur Stoffe zugelassen, die sowohl gesundheitlich als auch ökologisch unbedenklich sind.

(Beifall bei der CSU)

Die EU darf ihre Anforderungen an die Zulassung und die Kennzeichnungspflichten für Lebensmittel, Futtermittel und Saatgut, die gentechnisch veränderte Organismen enthalten, nicht ändern. Alle Zutaten, die aus gentechnisch veränderten Organismen hergestellt werden, müssen in der Europäischen Union auf der Verpackung stehen. Die Kennzeichnung sorgt für Transparenz und Entscheidungsfreiheit der Verbraucher. Bei uns gelten hohe gesetzliche Anforderungen an den Prozess in der Landwirtschaft, was Hygiene, Umwelt- und Tierschutz, insbesondere das Tierwohl – Stichwort: artgerechte Haltung –, betrifft. Hohe Anforderungen gelten auch beim Einsatz von Antibiotika, Pflanzenschutzmitteln und Pestiziden. Das heißt, bei uns geht es schon lange nicht mehr allein um die Erzeugung, sondern auch um Umweltverträglichkeit und Landschaftspflege. Für die Erfüllung dieser wichtigen Zusatzaufgaben können wir unseren bayerischen Landwirten nur danken.

Für Lebensmittel aus ökologischem Anbau gibt es bereits seit längerem ein Äquivalenzabkommen mit den USA, das garantiert, dass die EU-Standards weiterhin eingehalten werden. Die Chancen will ich nämlich nicht verschweigen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, beachten Sie bitte die Uhr.

Eric Beißwenger (CSU): Ja. – Natürlich haben auch unsere bayerischen Landwirte Interesse daran, ihre hochwertigen Waren wie Milch und Milchprodukte, zum Beispiel Käse, in den USA besser vermarkten zu können. Ich kann mir vorstellen, dass "Made in Bavaria" durchaus einen Markt findet.

Dennoch gibt es rote Linien, die wir nicht aufgeben werden. Weder eine Senkung der Standards im Verbraucherschutz noch die Aufgabe des Vorsorgeprinzips sind im Rahmen von TTIP verhandelbar – was auch immer die Forderungen aus den USA sein mögen.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Er redet einfach weiter!)

Es darf keine Aufweichung unserer strengen Regeln betreffend Gentechnik und Hormonfleisch geben.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Sie haben so lange Redezeit. Bitte kommen Sie zum Ende!

Eric Beißwenger (CSU): Unser Niveau an Verbraucher-, Lebensmittel- und Umweltschutz wollen und werden wir nicht senken. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nun bitte ich Frau Staatsministerin Merk zum Rednerpult.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Europaangelegenheiten): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Niemand will CETA oder TTIP um jeden Preis. Ganz im Gegenteil! Unsere Eckpunkte, auf denen die Abkommen basieren müssen, haben wir deutlich gesetzt: Erhalt des Schutzniveaus in den Bereichen Verbraucherschutz, Umweltschutz und Gesundheitsschutz inklusive Beibehaltung des Vorsorgeprinzips und der Möglichkeit, diese Niveaus auch künftig anzupassen; Schutz von sensiblen Agrarbereichen; Schutz der Daseinsvorsorge; Erhalt kultureller Vielfalt; Erhalt der Meisterpflicht; Schutz geografischer Herkunftsangaben. Das sind klare rote Linien für die verhandelnde Europäische Kommission. So sind sie im Mandat festgeschrieben. Daran werden wir uns orientieren – und eben auch am Thema Transparenz. Das heißt, wir nehmen die Sorgen und die berechtigten Anliegen der Umwelt- und der Verbraucherverbände, der Gewerkschaften, der Bürgerinnen und Bürger ernst.

Mit unseren klaren Forderungen haben wir schon viel erreicht. Wir haben das erreicht! Die Verhandlungen sind deutlich transparenter. Aber insoweit muss noch mehr geschehen. Wir haben schriftliche Aussagen beider Verhandlungspartner zu TTIP, dass die kommunale Daseinsvorsorge nicht angetastet wird. Es gibt inzwischen mehrere Aussagen der EU-Kommission, dass weder CETA noch TTIP Verbraucher- und Um-

weltschutzstandards absenken. Die EU ist im Verhandlungsmandat an den geltenden Rechtsrahmen gebunden und kann diese Standards von sich aus gar nicht zur Disposition stellen.

Wir haben klargemacht, dass in Europa demokratisch gewählte Parlamente – und sonst niemand! – auch künftig über Verbraucherschutz und Umweltschutz genauso wie über soziale Sicherheit und kulturelle Vielfalt entscheiden müssen. Deswegen: Die roten Linien sind gezogen. Wir werden darauf beharren.

Herr Aiwanger, haben Sie die CETA-Unterlagen eigentlich schon daraufhin angeschaut, was Sie als so kritisch oder gefährlich ansehen?

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Der Investitionsgerichtshof ist nach wie vor drin! Das ist Tatsache!)

Haben Sie tatsächlich gelesen, was die Deutsche Bischofskonferenz dazu gesagt hat? Sie hat sich klar positioniert – ich zitiere –:

Es geht uns Bischöfen nicht um ein einfaches Ja oder Nein zu TTIP, sondern um die Frage, wie TTIP ausgestaltet werden muss, damit es einen Fortschritt für die beteiligten Länder und die internationale Staatengemeinschaft bringt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Investitionsgerichtshof!)

Herr Aiwanger, wenn Sie Kritik auf diese Art und Weise vortragen würden, dann wäre es ernst zu nehmende, konstruktive Kritik. Was ich aber von Ihnen höre, das sind Mutmaßungen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich sage Ihnen noch einmal, dass wir den Investitionsgerichtshof nicht wollen!)

– Können Sie eigentlich auch fair sein, Herr Aiwanger? Können Sie in einer Diskussion einmal fair sein, den Mund halten und zuhören? Das würde ich gern einmal erleben.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Von Ihnen aber höre ich immer nur Unterbrechungen, Mutmaßungen und Ängste, die Sie aufgreifen. Sie machen Politik mit der Angst. Sie machen Politik mit Unterstellungen, und Sie sind unfair.

(Beifall bei der CSU – Unruhe – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie machen nur Unterstellungen!)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich bitte jetzt um Ruhe. Frau Ministerin, Entschuldigung, aber ich bitte jetzt um etwas Ruhe und Aufmerksamkeit. Die Dialoge sind hier nicht angebracht. – Jetzt hat die Rednerin das Wort.

Staatsministerin Dr. Beate Merk (Europaangelegenheiten): Machen wir doch einmal den Faktencheck, meine Damen und Herren. Wenn behauptet wird, der öffentlichen Daseinsvorsorge drohe die Privatisierung, dann entspricht das nicht den Tatsachen. Wir haben eindeutige Aussagen der Verhandlungspartner, wir haben eindeutige Erkenntnisse, dass die Daseinsvorsorge nicht angetastet wird.

Im Internet schreiben die FREIEN WÄHLER unter den Stichpunkten zur Volksbefragung zu CETA, das wichtigste Argument gegen CETA sei das Kapitel zum Investorenschutz. Das von der EU-Kommission vorgeschlagene System eines Investitionsgerichtshofs sei im Gegensatz zu TTIP nicht Teil von CETA. Eine erneute Öffnung im Rahmen der Rechtsförmlichkeitsprüfung sei zu begrenzt, als dass es substantielle Nachbesserungen geben könne. – So weit das Zitat. Auch dieses Argument gegen CETA ist schlichtweg falsch. Seit Ende Februar ist die Rechtsförmlichkeitsprüfung bei CETA abgeschlossen.

Dabei hat die EU-Kommission durchaus viel erreicht. Die erste Prüfung des Textes zeigt, dass alle wesentlichen Punkte des EU-Vorschlags zum Investitionsschutz in TTIP auch in CETA übernommen wurden. CETA sieht jetzt insbesondere ein öffentlich legitimes Investitionsgericht mit von den Vertragspartnern ernannten Richtern und

mit einer Berufungsinstanz vor. Beide Gerichte entscheiden in transparenten Verfahren. Frau Wittmann hat es vorhin schon gesagt. Die Verhandlungen sind öffentlich, und auch die Schriftsätze werden veröffentlicht. Ganz wichtig ist für Bayern, dass das staatliche Regulierungsrecht der EU, ihrer Mitgliedstaaten und Regionen ausführlich Eingang in einen eigenen Artikel gefunden hat. Was wollen wir denn eigentlich noch?

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Gestaltungsspielraum von Legislative und Exekutive wird dadurch stärker geschützt als im deutschen Recht. Jede unverhältnismäßige Enteignung wird untersagt. Insgesamt wird ein neuer und höherer Standard für künftige Freihandelsabkommen gesetzt. Alle diese Forderungen an einen neuen Investitionsschutz sind von der Staatsregierung und vom Landtag gestellt worden. Ich danke meinen Kollegen, die das in der Vergangenheit getan haben. Ich danke Ihnen, liebe Frau Wittmann, lieber Herr Schwartz und lieber Herr Beißwenger. Und ich nehme Herrn Pfaffmann mit dazu; denn es geht um die Fakten, und alle diese Kollegen haben diese Fakten angesprochen.

Herr Aiwanger, das ist das Ergebnis konstruktiver Kritik. Uns geht es darum, Politik zum Wohl unserer Bürger zu machen. TTIP ist weder per se gut noch per se schlecht. TTIP ist das, was wir daraus machen. Wir werden es nur dann machen, wenn unsere Kernbedingungen erfüllt sind. Wer schafft denn die Regeln für die Globalisierung? Wie fair und wie nachhaltig werden diese Regeln sein? Europa hat mit TTIP die Chance, diese Regeln mitzugestalten. Die EU und die USA sind die beiden größten Handelsregionen der Welt. Auf sie entfallen rund 40 % der industriellen Wertschöpfung weltweit. Wenn wir vorangehen und ambitionierte Umwelt- und Verbraucherschutzstandards mit fairen Bedingungen für Investoren und Arbeitnehmer setzen, werden uns auch andere folgen. Scheitern wir aber, werden wir anderen folgen müssen, wenn wir weiterhin im Export erfolgreich sein wollen. Das wäre zum ersten Mal für uns der Fall, und ich glaube, das wäre nicht in unserem Sinn. Umwelt- oder Arbeitnehmerstandards aus China wollen wir mit Sicherheit nicht übernehmen.

Frau Steinberger, jetzt geht es noch um die Frage, was denn veröffentlicht wurde. Dass TTIP-Dokumente von Greenpeace veröffentlicht wurden, nehme ich zur Kenntnis. Fakt ist aber, dass keine Verhandlungsergebnisse, sondern nur Positionen der jeweiligen Vertragspartner veröffentlicht wurden. Die meisten EU-Positionen sind zudem – das muss man dazusagen – auf der Homepage der EU abrufbar. Deswegen spricht Frau Kommissarin Malmström auch zu Recht von einem Sturm im Wasserglas.

Dass die USA mit eigenen Positionen in die Verhandlungen hineingegangen sind – das haben meine Kollegen auch schon dargestellt –, ist selbstverständlich, auch wenn wir diese Positionen nicht teilen. Seit wann werden Verhandlungen abgebrochen, weil die beiden Verhandler im Laufe des Prozesses unterschiedliche Interessen haben und erst zum Schluss zueinanderkommen? Im US-amerikanischen Recht gibt es keine dem EU-Vorsorgeprinzip entsprechende Regelung, auch wenn in den USA in bestimmten Bereichen vorsorgend reguliert wird. Deshalb wird es voraussichtlich nicht gelingen, ein gemeinsames Verständnis vom Vorsorgeprinzip oder eine Verpflichtung der USA zur Übernahme der EU-Vorsorgeprinzipien vorzusehen. Maßgeblich ist, dass die Wahrung des Vorsorgeprinzips in der EU auch im Rahmen von TTIP durchgehend sichergestellt wird. Das ist das Thema. Unterschiedliche Positionen in Verhandlungen sind nicht sehr verwunderlich. Verwunderlich finde ich höchstens, dass sich ein sturmerprobter Bauer wie Sie, Herr Aiwanger, so drausbringen lässt und schon wieder Alarm schlägt.

Weil wir kritisch und sorgfältig hinschauen, können wir die laufenden Verhandlungen mit Selbstbewusstsein betrachten. Mein Besuch in Washington vor einem Monat hat mir im Übrigen gezeigt, dass die USA großen Respekt vor den europäischen Verhandlungspartnern haben; denn dort weiß man auch, was Bandagen sind. Auch die USA wollen sicherstellen, dass ihre hohen Standards nicht abgesenkt werden. In diesem Sinne werden die Verhandlungen über TTIP von uns auch weiterhin sehr kritisch, aber auch sehr konstruktiv und im Interesse unseres Landes begleitet. Wenn wirkliche Ergebnisse offen und transparent auf dem Tisch liegen, werden wir TTIP beurteilen und

unsere Interessen vor diesem Hintergrund sorgfältig prüfen. So werden wir es auch mit dem finalen Vertragstext zu CETA machen, wenn er denn in deutscher Sprache vorliegt. Das wird voraussichtlich im Juli der Fall sein. Die vorläufige Prüfung des Vertrages zeigt, dass er positiv zu bewerten ist, dass CETA das Potenzial dazu hat, einen neuen Maßstab zu setzen.

Verantwortungsvolle Politik besteht darin, die eigenen Interessen aktiv und selbstbewusst zu vertreten, aber nicht darin, mit Mutmaßungen Ängste zu schüren oder den Kopf in den Sand zu stecken. Ich bin froh, dass wir hier ab und zu sprechen dürfen; denn dann können wir die Fakten wieder zurechtrücken und die Menschen darauf hinweisen, was wirklich los ist. Strategisch gesprochen geht es darum, dass wir die Zukunftsfähigkeit des Westens sichern, was auch im elementaren bayerischen Interesse ist. In diesem Sinne: Herzlichen Dank an alle, die konstruktiv, aber auch kritisch an diesem Vertrag mitwirken.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Staatsministerin. – Nachdem die Staatsregierung die Redezeit von 10 Minuten um 38 Sekunden überzogen hat, hat jede Fraktion noch die Möglichkeit, sich noch einmal zu melden. Ich habe eine Wortmeldung von Herrn Kollegen Aiwanger. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Mich wundert die Debatte jetzt schon. Am Wochenende fordert Herr Rinderspacher pressewirksam den Stopp der Verhandlungen; Herr Maly fordert als Städtetags-Vizepräsident den Stopp der Verhandlungen. Jetzt aber rührt Herr Pfaffmann die große Werbetrommel für TTIP. Jetzt plötzlich sieht die CSU wieder alles in Butter, obwohl der Herr Ministerpräsident vor wenigen Tagen für den Fall, dass die Verhandlungen nicht transparenter werden, ein Veto angekündigt hat, obwohl Frau Scharf als Verbraucherschutzministerin gesponserte Facebook-Posts herumschickt, in denen sie

sagt, der Verbraucherschutz dürfe nicht untergraben werden. Jetzt aber wären wir FREIE WÄHLER der Buhmann, weil wir den Finger in die Wunde legen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wer so mit den Bürgern draußen umgeht, der produziert Politikverdrossenheit, der veräppelt die Bürger. Auf der einen Seite fordern die Parteispitze und die Fraktionspitze den Stopp der Verhandlungen; uns aber werfen Sie vor, wir seien Hinterwäldler, weil wir noch gar nicht wüssten, worum es geht.

Frau Merk, der Deutsche Richterbund warnt vor diesem Investitionsgerichtshof. Der Deutsche Richterbund sagt, das ist nur ein ständig tagendes Schiedsgericht, das dringend abzulehnen ist. Sie aber feiern das als die Supererrungenschaft. Hier haben wir offensichtlich eine Meinungsverschiedenheit zwischen den betroffenen Fachleuten der deutschen Justiz, der Richterschaft und Ihnen als Politikerin. Wer da recht hat, okay, das weiß man im Zweifel in der Politik nie so genau. Tun Sie aber doch nicht so, als wäre alles in Butter, als würden wir hier aus dem hohlen Bauch heraus, ohne jegliche Faktengrundlage Dinge in den Raum stellen. Ihr letzter Redner, Herr Beißwenger, hat doch die Dinge dargestellt und berichtet, dass in Amerika mit Hormonfleisch gearbeitet wird.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das haben Sie falsch verstanden!)

Er hat dargestellt, dass dort das Nachsorgeprinzip gilt. Das sind doch Dinge, die wir genauso sehen, aber wir kritisieren das und stellen fest: Der jetzige Verhandlungsstand ist so, dass die Amerikaner das Nachsorgeprinzip durchsetzen wollen.

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Sie aber tun so, als wäre überhaupt noch nichts klar, als wäre das alles nur eine Meinungsäußerung. Im Herbst dieses Jahres steht CETA aber schon auf dem Gleis. Der Zeitplan besagt, dass die Europäische Kommission CETA vorläufig schon auf das Gleis setzen will. Sie aber tun so, als würden wir am 1. Januar über das nächste Weih-

nachtsgeschenk diskutieren und hätten alle Zeit der Welt. Wir sind aber kurz vor knapp. Wir sind bei CETA teilweise schon fünf nach zwölf. Bei den Parteispitzen Alarm zu schlagen, aber hier zu sagen: Alles ist in Ordnung, und der Investitionsgerichtshof wäre eine Supererrungenschaft, das passt doch nicht. Meine Damen und Herren, wir brauchen diesen Investitionsgerichtshof nicht. Wir haben funktionsfähige nationale Gerichte. Wir brauchen das nicht!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, diese Debatte ist keine Sternstunde der Demokratie, sondern hier wird der Bürger an der Nase herumgeführt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn der Bürger das draußen mitverfolgt, dann brauchen Sie sich nicht zu wundern, dass 70 % der Bürger dagegen sind, dass die Bürger diesem ganzen Verhandlungsgeschacher nicht mehr trauen und dass die Kommunalpolitiker vor Ort, wie Herr Maly als verantwortungsvoller Städtetags-Vizepräsident, sagen: Wir müssen die Verhandlungen stoppen, weil die öffentliche Daseinsvorsorge und vieles mehr im Feuer steht. – Dagegen sagen Sie, das alles wäre Schnee von gestern, das alles wäre schon herausverhandelt. Einer sagt doch hier die Unwahrheit. Einer ist hier nicht informiert.

Meine Damen und Herren, ich sage hier ganz klar und komme damit auf meine Einschätzungen von vorhin zurück: Sie nehmen diese Dinge zu sehr auf die leichte Schulter. Es geht hier nicht um die Umgehungsstraße in Hintertupfing. Bei diesen Freihandelsabkommen geht es um die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Weichenstellungen für die nächsten Jahrzehnte. Sie aber nehmen das nicht ernst genug.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächste hat die Frau Kollegin Steinberger vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Frau Ministerin Merk, Sie haben mich vorhin angesprochen, deshalb möchte ich Ihnen sagen: Es ist richtig, uns liegen noch keine ausgehandelten Texte vor. Es handelt sich vielmehr um Verhandlungspositionen. Die Verhandlungspositionen der USA sind aber nun erstmalig bekannt geworden. Bisher waren sie absolut geheim. Wir wussten überhaupt nicht, mit welchen Positionen die Amerikaner in die Verhandlungen hineingehen.

Wenn wir unterschiedliche Vorstellungen beim Verbraucherschutz haben – vorbeugender Verbraucherschutz steht gegen den wissenschaftsbasierten Verbraucherschutz, das heißt, man kann alles in den Verkehr bringen, bis die Schädlichkeit erwiesen ist –, wie sollen wir dann zu einer Einigung kommen? Es wird nur eine einzige Einigung geben: Unserer Ansicht nach erfolgt eine Angleichung an den niedrigsten Standard. Was steht denn in der Überschrift eines Freihandelsabkommens? – Der freie Handel soll gefördert werden, Handelshemmnisse sollen abgebaut werden. Glauben Sie denn, Handelshemmnisse werden abgebaut, wenn wir uns an den höheren Standards orientieren? – Das Gegenteil wird doch der Fall sein.

(Zuruf: Bravo!)

Wir befürchten deshalb – und das wurde schon von sehr vielen bestätigt –, dass es einen Wettbewerb nach unten geben wird, dass wir uns den niedrigen Standards angleichen müssen. Unsere niedrigen Standards bei der Finanzmarktregulierung werden von den Amerikanern übernommen und umgekehrt.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Das ist doch das Ziel eines Freihandelsabkommens.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Es wäre doch völlig unsinnig, wenn Handelsbarrieren abgesenkt werden sollen und wir daraufhin die Standards anheben. Das ist doch ein Märchen, das Sie uns hier auf-tischen. Das wird auch nicht dadurch besser, dass Sie es immer wieder wiederholen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat Herr Kollege Pfaffmann von der SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Herr Kollege Aiwanger, wir nehmen die Sache nicht auf die leichte Schulter; das wollen und dürfen wir nicht. Gerade deshalb sage ich Ihnen: Hier werden Weichen gestellt, und zwar für die nächsten 10 oder 15 Jahre. Da haben Sie recht.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Jahrzehnte und darüber hinaus!)

– Länger. – Das ist nicht nur ein isoliertes Handelsabkommen, sondern hier geht es um die Gestaltung der Wirtschaft schlechthin, um die Gestaltung der Globalisierung. Gerade weil wir das ernst nehmen, ist es für mich einfach zu leichtfertig, so zu argu-mentieren, wie Sie das tun. Ich sage es hier noch einmal ganz klar: Wir sind gegen den Abschluss dieses Handelsabkommens TTIP in der derzeitigen Fassung. Das heißt, wir sind gegen die vorliegenden Protokolle. Ich sage es noch einmal deutlich: Wenn die Forderungen der Amerikaner, die jetzt öffentlich geworden sind – Absen-kung der Standards, das kennen Sie alles –, Verhandlungsergebnis sind, dann müs-sen wir dieses Abkommen auf jeden Fall ablehnen. In dieser Frage sind wir uns offen-sichtlich einig.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Jetzt plötzlich!)

– Ja, selbstverständlich.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER) – Mechthilde Witt-mann (CSU): Sie können einfach nicht zuhören!)

Ich will noch einmal versuchen, eine inhaltliche Argumentation in die Diskussion einzuführen. Wenn wir nicht versuchen – und mit "wir" meine ich nicht das bayerische Parlament, sondern die Europäische Union, die Europäische Kommission – auf die Gestaltung der Regeln des Welthandels der Zukunft Einfluss zu nehmen, dann werden das andere für uns tun. Wir schauen dann nur zu. Ich sage Ihnen, die anderen werden die großen Weltmärkte sein: China, möglicherweise Russland und andere in Asien. Angesichts dessen stelle ich Ihnen schon die Frage: Wollen Sie mitgestalten im Sinne unserer Werte und Standards? Wollen Sie die Regeln so gestalten, dass die Standards gesichert werden? Wollen Sie die Regeln so gestalten, dass der Datenschutz ernst genommen wird? Wollen Sie die Regeln so gestalten, dass es keinen Einfluss gegen die Parlamentshoheit der Nationalstaaten in der EU gibt, auch nicht gegen die der Länderparlamente? Wollen Sie das? – Wenn Sie das wollen, lieber Herr Aiwanger, dann dürfen Sie keine Fundamentalopposition betreiben, sondern dann müssen Sie in dieser Frage doch mitreden. Das ist doch der Kern der Sache.

(Beifall bei der SPD und der CSU)

Entweder wir sind bei den Verhandlungen dabei, oder wir sind nicht dabei. Ich sage ganz klar: Für die SPD-Fraktion kommt eine Unterschrift unter ein Abkommen, das sich nach den derzeitigen Protokollen und den Wünschen der Amerikaner richtet, nicht infrage.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU: Nie hat jemand etwas anderes gesagt!)

Das ist Konsens in der Sozialdemokratie der Europäischen Union, das ist auch Konsens der Sozialdemokratie in Deutschland und auch hier in Bayern. Das kommt nicht infrage. Es muss aber doch zumindest der Versuch gemacht werden, diese Dinge herauszuverhandeln. Wenn das nicht gelingt, dann darf es das Abkommen nicht geben, das ist doch so klar wie Kloßbrühe. Man darf aber nicht auf dem halben Wege bereits Ablehnung signalisieren. Ich finde, es wäre prima, wenn man einen Reset-Knopf drücken würde. Dann kommen wir uns entgegen. Einen Reset-Knopf drücken und neu

verhandeln, öffentlich und transparent, keine Geheimdiplomatie, das wäre eine gute Sache.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Bravo!)

In dieser Frage sind wir uns einig.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, darf ich noch eine Begrüßung vornehmen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf der Ehrentribüne haben Gäste aus unserem Nachbarland Tschechien Platz genommen. Im Namen des Hohen Hauses begrüße ich den stellvertretenden Vorsitzenden des Abgeordnetenhauses der Tschechischen Republik, Herrn Jan Bartošek, zusammen mit seiner Delegation.

(Allgemeiner Beifall)

Herr Bartošek hält sich zusammen mit seiner Delegation zu Gesprächen im Bayerischen Landtag auf. Er hat die Frau Präsidentin und das Präsidium getroffen. Seien Sie uns sehr herzlich hier im Plenum des Bayerischen Landtags willkommen. Wir wünschen Ihnen einen erfolgreichen Aufenthalt in Bayern und eine gute Rückkehr nach Prag.

(Allgemeiner Beifall)